

GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Juli/August/September 2007

Informationen zur grünen Kommunalpolitik
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 32

Wir können auch anders!

VON CLAUD LANGBEIN

„Wir können auch anders!“ So lautete die Botschaft der Delegierten auf dem Sonderparteitag zu Afghanistan in Göttingen. Nicht der Antrag des Bundesvorstands setzte sich durch, sondern ein Antrag von Robert Zion, KV Gelsenkirchen. Dabei unterschieden sich beide Anträge nur in Nuancen. Aber es waren entscheidende Nuancen, die den künftigen friedens- und entwicklungspolitischen Kurs der Grünen bestimmen werden, wenn wir es wollen! Zuvor allerdings wurde mit deutlicher Mehrheit ein Antrag abgeschmettert, der von Daniel Cohn-Bendit eingebracht und auch vehement vertreten wurde. Zwar lehnte auch dieser die von den USA geführte Operation Enduring Freedom (OEF) ab, befürwortete aber den Einsatz der sechs deutschen Tornados, für den sich auch die Hälfte der grünen Bundestagsfraktion noch vor Jahresfrist aussprach.

Übrig blieben somit der Antrag des Bundesvorstands und der von Robert Zion. Beide Anträge sprachen sich gegen OEF und die Tornados aus sowie für die Stärkung des zivilen Engagements in Afghanistan. Der entscheidende Unterschied aber war, dass der Zion-Antrag, und zwar nur dieser, eine Exit-Strategie vorsieht, einen Ausstieg aus der militärischen Komponente, was letztendlich mittelfristig den Ausstieg aus dem von der UN mandatierten ISAF-Programm bedeuten würde. Mit 361 zu 264 Stimmen fand der Zion-Antrag schließlich eine Mehrheit und die Delegierten, die sich der Friedensbewegung verpflichtet fühlen, übrigens auch die fünf des KV Ludwigsburg, durften sich als Sieger fühlen. Aber waren sie auch Sieger? War es nicht viel mehr ein Pyrrhussieg? Noch ist nicht klar, wie sich die Bundestagsfraktion verhalten wird. Werden sie mit dem Argument, sie seien nur ihrem Gewissen (sind wir nicht selbst Be-

standteil davon?) verpflichtet, den Beschluss ganz einfach ignorieren? Schon jetzt ist bekannt, dass prominente Abgeordnete aus Bund und Land gewählte Vorstände aus Land und Kreis massiv angingen mit dem Vorwurf, sie hätten die falschen Delegierten zur BDK zugelassen. Die Abstimmung wäre anders ausgefallen, hätten sie nur die „richtigen“ delegiert. Diesen Abgeordneten muss entgegengehalten werden, dass sie nicht Mandatsträger „von Gottes Gnaden“ sind. Sie wurden in den Kreisverbänden zur Landtagswahl aufgestellt. Sie wurden von den Landesdelegierten auf die Landesliste zur Bundestagswahl gewählt. Wenn sie sich jetzt darüber mokieren, dass eine BDK nicht in ihrem Sinne ausging, dass sie eine demokratische Wahl verloren haben, dann muss ihnen im Hinblick auf die kommenden Wahlen und auch auf die Kandidatenaufstellung deutlich gesagt werden: WIR KÖNNEN AUCH ANDERS!

VON INGRID HÖNLINGER

Trotz starkem Fußball-Konkurrenzprogramm fanden sich 16 Grüne Mitglieder am 19.09.2007 zur Kreismitgliederversammlung (KMV) in der Gaststätte Rose in Gerlingen ein.

Regionale Wirtschaft

Am Anfang stand ein kenntnisreicher Bericht von Regionalrätin Ilse Majer-Wehling, Mitglied im Wirtschafts-, Verwaltungs- und Infrastrukturausschuss der Region. Sie sprach über die Wirtschaftsförderung als Teil der Wirtschaftspolitik in der Region Stuttgart. In Kürze soll eine neue Wirtschaftsförderungsstrategie beschlossen werden. Sie beruht auf der geänderten Lissabon-Strategie der Europäischen Union von 2005, in der der Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung gelegt wird. Auch will die Region wirtschaftlich mit den anderen Regionen mithalten. Hauptziel ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, vor allem durch mehr Innovationen im Hightech-Bereich. Hierzu heißt es im Entwurf des Strategiepapiers: „Die Akteure in der Region sehen sich als Pioniere des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts sowie der sozialen und ökologischen Verantwortung“. Aus Sicht der Regional-Grünen muss der Schwerpunkt allerdings auf ein Wachstum gelegt werden, das an Nachhaltigkeitsprinzipien orientiert ist. Nur hierdurch kann aus ihrer Sicht mehr regionale Wertschöpfung erfolgen. Eine Anpassung müsse auch hinsichtlich der sozialen Strukturen erfolgen. Der wirtschaftliche Wohlstand müsse innerhalb der Bevölkerung in unserer Region verteilt werden. Sie fordern eine umweltschonende Mobilität, die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Ökologie und eines Kompetenzzentrums Logistik, die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen, Qualifizierungsmaßnahmen, auch für gering qualifizierte Arbeitnehmer und die Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte mit Augenmaß. Aus Sicht der Regional-Grünen reicht die Konzentration auf Hightech-Lösungen nicht aus. Daneben sehen sie Handlungsbedarf für Innovationen im Bereich der Global-Governance. Die globalisierte Wirtschaft müsse mit einem globalen Ordnungsrahmen für die Märkte ausgestattet werden, der in Richtung auf Weltfrieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit wirkt und die Verwirklichung einer offenen Gesellschaft ermöglicht.

Europäische Metropolregion Stuttgart

Ein Ansatzpunkt in diesem Zusammenhang ist das Modell der Europäischen Metropolregion (EMR). Die EMR Stuttgart reicht bis Heilbronn, Tübingen und den Nordschwarzwald. EMR sind wirtschaftsstarke Ballungsräume, die nach der neu gefassten Lissabon-Strategie als Motoren für Wachstum und Beschäftigung in Europa gesehen werden. Hier wird die Chance gesehen, dem politischen und demokratischen Rahmen an die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensrealitäten anzupassen, um Pro-

bleme wie Klimawandel, Energieversorgung oder Armutsbekämpfung zu lösen. Nach dem Leitentwicklungsplan liegt ein Aufgabenschwerpunkt im Bereich der Mobilität. Teil ist auch die Errichtung der Landesmesse. Dazu kommen die Erhaltung und Steigerung der Attraktivität der Region durch Wahrung der dezentralen Siedlungsstruktur. Die Regionalversammlung hat im April 2006 ein Handlungskonzept zu Zielen, Aufgaben und Struktur der EMR Stuttgart gefasst, mit konkreten Maßnahmen und Projekten. Der Vorrang wird auf die „Wirtschaftsregion“ gelegt. Strategisch bedeutsame Projekte, z.B. bei Luft- und Raumfahrt, wurden beschlossen. Weitere strategische bedeutsame Projekte werden bei Energie- und Materialeffizienz, Gesundheit/Wellness/Medizin-Technik gesehen. Die Regional-Grünen haben dem Konzept zugestimmt. Für sie sind darüber hinaus wichtig: Der Erhalt der Lebensgrundlagen, die Daseinsvorsorge und Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, eine Verkehrsinfrastruktur, die den Menschen und nicht nur der Unternehmen dient, sowie eine attraktive Kulturlandschaft für Landwirtschaft und Erholung. Nach der anschließenden Diskussion erfolgte die Wahl der Delegierten für die LDK in Heilbronn und die BDK in Nürnberg, die Fahrt und Unterkunft organisiert Max Bleif (Kreisvorstand). Für die LAG Frauen wurden Ilse Majer-Wehling als Delegierte und Regine Jung als Stellvertreterin gewählt.

Sonder-BDK in Göttingen

In der Auszählpause berichtete Dirk Wehrhahn (OV Ludwigsburg) von der Sonder-BDK zum Afghanistan-Einsatz in Göttingen. Aus seiner Sicht war die Stimmung auf dem Parteitag zunächst offen. Den entscheidenden Umschwung habe die Rede von Robert Zion, KV Gelsenkirchen, gebracht. Er hatte den Sonderparteitag initiiert und gefragt: „Welche Bundesregierung würde sich von der Opposition unter Druck gesetzt fühlen, wenn die Opposition immer für ihre Politik stimmt?“ Aus Sicht von Susanne Schwarz-Zeeb (Kreisvorstand) war ein Problem des Parteitags, dass die Parteiführung nicht ausreichend souverän auf gegenläufige Stimmungen und Störer reagiert hat. Franz Untersteller problematisierte die Abweichung von der Regierungslinie unter Rot-Grün. Aus seiner Sicht ist auch die Wahrnehmung unserer Partei in der Presse problematisch. Grabenkämpfe seien jetzt fehl am Platz. Gemeinderat Siegfried Rapp thematisierte die Kommunikationsprobleme, die zwischen Parteiführung und Basis wahrnehmbar seien und Kreisrat Daniel Renkonen ging ein auf die Konkurrenz, die von der Linkspartei ausgeht. Die Beschlüsse der BDK können nachgelesen werden unter www.gruene.de. Am Ende des Abends berichtete Mdl Franz Untersteller noch über die Prozesse zur Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und den Stand der Unterschriftenaktion zur Neckarwestheimer Erklärung. Petra Heinle-Hettig (Kreisvorstand) stellte das politische Sommerprogramm dar, das im nächsten Jahr wiederholt werden soll.

Der Energieausweis kommt

VON KARL BURGMAIER

Anders als bei Autos oder Haushaltsgeräten wissen Käufer oder Mieter von Wohnungen und Häusern nur wenig über deren Energiebedarf. In Zeiten steigender Energiepreise und wachsendem Bewusstsein für Klimaschutz ist das aber wichtig. Diese Informationen soll jetzt der Energieausweis für Gebäude bringen. In Zukunft muss jeder Gebäudeeigentümer beim Verkauf seiner Immobilie oder bei einem Mieterwechsel einen Energieausweis für das Gebäude vorlegen. Der Ausweis enthält Aussagen über die energetische Qualität des Gebäudes und hilft die zukünftigen Energiekosten des Gebäudes abzuschätzen.



WELCHEN ENERGIEBEDARFSWERT ERREICHT DAS REMSECKER RATHAUS?

märenergiebedarf der richtige Maßstab zur energetischen Qualität eines Hauses ist. Statt jedoch verbindlich objektive Energiebedarfsausweise für alle Wohnungen einzuführen, wie es Fachleute fordern, kann für bestehende Gebäude (Altbau) mit mehr als 4 Wohnungen statt des Bedarfsausweises – Pflicht bei Neubau und Änderung des Gebäudes – der sehr viel weniger aussagekräftige, weil stärker von subjektiven Verhalten abhängige, Verbrauchsausweis ausgestellt werden. Für die Hausbesitzer ist der Energieausweis ein Anreiz, ihre Gebäude energetisch auf dem neuesten Stand der Bau- und Haustechnik zu halten. Ein sparsames und fachgerecht saniertes Gebäude dürfte daher künftig klare Wettbewerbsvorteile gegenüber einem nicht sanierten Gebäude mit hohem Energieverbrauch haben. Der Energieausweis soll auf dem Immobilienmarkt zu einem wirksamen Instrument für

mehr Transparenz werden. In Immobilienanzeigen kann dann so selbstverständlich mit der Energieeffizienz von Gebäuden geworben werden, wie es bei Kühlschränken und Waschmaschinen längst Praxis ist. Energieausweise für öffentliche Gebäude sind ab dem 1. Juli 2009 verpflichtend und müssen künftig als Vorbild an gut sichtbarer Stelle ausgehängt werden. Sie dürfen höchstens zehn Jahre alt sein und sollen über die Gesamtenergieeffizienz des Gebäudes Aufschluss geben. Dies gilt zwingend für öffentliche Gebäude mit einer Gesamtnutzfläche von über 1.000 Quadratmetern, in denen Behörden und Einrichtungen öffentliche Dienstleistungen erbringen und deshalb von vielen Menschen aufgesucht werden, also für Rathäuser, Gemeindehallen, Schulen und Kindergärten. Dem Energieausweis sind Vorschläge für die Verbesserung der Energieeffizienz des Gebäudes beizufügen. Dadurch wird nicht nur der Ausstoß von klimaschädlichem CO2 reduziert, auch die Energiekosten lassen sich deutlich verringern und entlasten so den öffentlichen Haushalt. Wir sind gespannt, wo und wann wir den ersten Energieausweis in Remseck für ein öffentliches Gebäude sehen werden.

„Klimaschutz-Plus“ wegen zu geringer Ausstattung bereits nach drei Monaten leergefegt

Franz Untersteller: „Zukünftige Unterstützung von Projekten im Kreis völlig offen“

Für das erst Anfang Mai aufgelegte, auf die Unterstützung von kommunalen Klimaschutzprojekten abzielende Landesförderprogramm „Klimaschutz-Plus“, stehen nach Informationen des Grünen Bietigheimer Landtagsabgeordneten Franz Untersteller bereits keine Gelder mehr zu Verfügung. Damit – so der stellvertretende Fraktionschef der grünen Landtagsfraktion – sei mehr als fraglich, ob Kommunen im Landkreis Ludwigsburg, die in diesem Jahr Maßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher Kohlendioxidemissionen planen, noch mit Landeszuschüssen rechnen können. Immer wieder habe die Landesregierung – allen voran Umweltministerin Tanja Gönner – in der Vergangenheit betont, dass das vom Land im Jahr 2002 erstmals aufgelegte Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ zu den Eckpfeilern ihrer Klimaschutzpolitik zähle. Es könne aber nicht angehen – so Untersteller –, dass sich die Ministerin einerseits gerne öffentlich im Glanz

schöner Förderprogramme sonne, andererseits aber keinerlei Bereitschaft zeige, um für eine halbwegs vernünftige finanzielle Ausstattung derartiger Programme zu kämpfen. Dabei sei die jetzige Situation absehbar gewesen. Im Jahr 2006 – Programmstart war seinerzeit Anfang März – war der kommunale Teil des Programms „Klimaschutz-Plus“ bereits im Juni überzeichnet. Als Konsequenz daraus brachte die Fraktion der Grünen bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 einen Antrag ein, der auf eine erhebliche Aufstockung der eingestellten Mittel abzielte. Der Vorstoß wurde zu Beginn des Jahres mit der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt, so dass die Ansätze mit rund 4 Mio. € im Allgemeinen und 6 Mio. € im kommunalen Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ unverändert niedrig blieben. Für den grünen Landtagsabgeordneten stellt sich die Frage; wo die Umweltministerin im Frühjahr war, als es darum ging Festlegungen im Hinblick auf

die Verwendung der erwarteten Steuermehreinnahmen von rund 1 Mrd. € zu treffen. Trotz der bereits zu diesem Zeitpunkt beim Programm „Klimaschutz-Plus“ absehbaren Entwicklung wurde nicht ein Euro zusätzlich zur Aufstockung der Fördermittel in Aussicht gestellt. „Auch die Ministerin sollte wissen, dass man mit Leertiteln keinen erfolgreichen Klimaschutz betreiben kann.“ Hinzu kommt, dass das wiederholte „Stop-and-Go“ bei der Förderung die Antragsteller entmutigt, Klimaschutz-Projekte in der Kommune, die nicht selten eines langwierigen Abstimmungsprozesses bedürfen, voranzubringen. Als Konsequenz aus der dargestellten Situation hat Franz Untersteller nun vor der Sommerpause einen Antrag im Landtag eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts zusätzliche Mittel für das Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ bereitzustellen. (reda)

Jürgen Walter im Rundfunkrat

Jürgen Walter ist als einer von acht Vertretern des Landtags in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks entsandt worden. Seine Amtszeit beginnt im Januar 2008. Der Rundfunkrat ist das höchste für die Programmkontrolle zuständige Aufsichtsgremium, er ist z.B. für Wahl und Abberufung des Intendanten und die Genehmigung des Haushaltsplans zuständig. (reda)

ANZEIGE



Yoga und Ayurveda
Vortrag und Seminar
Dr. Dr. Vinod Verma
Vortrag: Freitag 19.10.07, 19 Uhr
Büchereikeller in Vaihingen
Seminar: Sa 20.10.07-So 21.10.07
Turmstraße 11, Vaihingen
Anmeldung und Info: Susanne Schwarz-Zeeb
Mail: familie.schwarz-zeeb@onlinehome.de

Ludwigsburg bewegt – Die „Tour de Städtle“

VON ROSWITHA MATSCHINER

Jedes Jahr nach der Sommerpause lädt die Grüne Fraktion in Zusammenarbeit mit dem ADFC dazu ein, städtische Entwicklungen und Planungen auf einer Fahrradtour durch die Stadt kennen zu lernen. Die diesjährige „Tour de Städtle“ befasste sich unter dem Motto „Ludwigsburg bewegt“ mit dem Thema Sport und Bewegung.

Mit dem Beschluss zum Bau der Multifunktionshalle will die Stadt ihr Profil als Sportstadt stärken. Unsere Fahrradtour, die uns auch in die Stadtteile führte, hat gezeigt, dass Ludwigsburg heute schon viel für die Bewegung tut. Das bestätigte auch der Vorsitzende des Stadtverbandes für Sport, Reinhardt Weiss, der uns begleitete. Aber nicht nur Vereinsheime und Sportplätze wurden angefahren. Wichtig war mir auch deutlich zu machen, dass die Stadt öffentlich Flächen und Verkehrswege so gestalten muss, dass Kinder sich früh und gerne auch im Alltag bewegen.

Erstes Ziel war der Spielplatz auf der Bärenwiese, der erste in der Stadt, der mit Unterstützung von Kindern geplant und gebaut wurde. Entsprechend attraktiv und gut genutzt ist er.

Weiter ging es zum TSV in Grünbühl, wo Herr Hable als Vertreter des Vereins die Vorzüge des neuen Kunstrasenplatzes lobte. Daneben verfügt der Verein noch über einen Rasenplatz und auch Nichtvereinsmitgliedern steht mit einem großen Spiel- und Bolzplatz ausreichend Bewegungsraum zur Verfügung. Innenstadtbewohner blickten etwas neidisch auf dieses großzügige Angebot. Beim MTV wurde die Gruppe vom Vereinsvorsitzenden Dr. Ingo Schwytz



und seiner Mitarbeiterin durch die Baustelle geführt und die neuen Räume erläutert. Wenn der Neubau fertig ist, verfügt der 4.000 Mitglieder starke MTV über eine eigene Halle für nahezu jede Sportart. Dr. Schwytz: „Das ist wegen der hohen Frequenz auch nötig und effektiver. Dann müssen wir die Hallen nicht immer umräumen.“ Neu im Anbau sind auch barrierefreie Räume (einschl. Umkleideraum und Toiletten). Hier kann von geschultem Personal mit Schlaganfallpatienten gezieltes Bewegungstraining durchgeführt werden. Bei der Fahrt über das Harteneckerfeld, das rege von Joggern und Walkern genutzt wird, wies ich darauf hin, dass immer mehr Wege asphaltiert werden, was nicht nur ökologisch bedenklich, sondern auch für die Bewegung per Pedes ungünstig ist. Nach einer Stärkung, während der Reinhardt Weiss näher auf den Sport-

entwicklungsplan einging, der derzeit erarbeitet wird, wurde die neue Reithalle des Reitvereins in Poppenweiler besichtigt. Mitglieder des Vereins haben dort in 1000 Stunden freiwilligem Arbeitseinsatz eine Reithalle erstellt, die noch mit einer Freifläche ergänzt wird. Durch das Neubaugebiet in der Jahnstraße musste der Verein sein bisheriges Domizil dort verlassen. Reinhardt Weiss wies darauf hin, dass auch der Sportverein dringend eine neue Halle benötigt. In Nachbarschaft der Schule zeigte er ein geeignetes Gelände, das die Stadt aber erst noch erwerben müsste (Foto mit Reinhardt Weiss, rechts).

Nahezu fertig gestellt ist dagegen das neue Eglosheimer Sport- und Kulturzentrum. Reinhardt Weiss erläuterte die Baumaßnahmen in der Doppelsporthalle.

Durch die Weststadt ging es anschließend zum Standort für die neue Multi-

funktionshalle an der Pflugfelder Straße, die nach nur 2 Jahren Bauzeit in Betrieb gehen soll. Es ist schon erstaunlich wie schnell etwas vorangeht, wenn der politische Wille da ist.

Während ein Ludwigsburger Radwegenetz, das diesen Namen auch verdient und allen LudwigsburgerInnen zugute käme, auch 10 Jahre nach Verabschiedung eines Verkehrsentwicklungsplans noch immer nicht in Sicht ist, spielt beim Spitzensport (Basketball und Tanzen) Geld offensichtlich keine Rolle. Die Stadt verpflichtet sich, mit dem Bau durch ein Konsortium 20 Jahre lang 1,5 Mio an Investitions- und Betriebskostenzuschüssen zu zahlen und was nach diesen 20 Jahren an Kosten anfällt, kann heute noch niemand beantworten.

Bei der letzten Station der Tour, dem Innenstadtcampus, wurde über die Nutzung der verbliebenen Freiflächen diskutiert. Mit dem Bau der neuen In-

nenstadtporthalle und dem Fachklassentrakt, wo die Bauarbeiten vor kurzem begonnen haben, fallen große Flächen, unter anderem ein Bolzplatz, für die SchülerInnen weg. Die Stadt hatte zugesagt, mit der Schließung der Seestraße, die dem Schulhof zugeschlagen werden soll, für Ersatz zu sorgen. Nach massivem Protest der Einzelhändler in der Leonberger Straße wurde ein Kompromiss gefunden. Während der Bauzeit, wo die Straße auch als Baustraße genutzt wird, kann sie außerhalb der Schulzeiten weiter öffentlich befahren werden. Einig waren sich die TeilnehmerInnen der Tour aber darin, dass nach Fertigstellung der Baumaßnahmen der komplette Bereich für PKW gesperrt und zu einem Schulhof mit Bewegungsflächen umgestaltet werden muss.

Obwohl bei dieser Tour getreu dem Motto „Ludwigsburg bewegt“ kaum ein Berg ausgelassen wurde, hat Helmut Wöhner, der nach einem Schlaganfall behindert ist, die gesamte Strecke mit seinem Dreirad begleitet (Foto).



Wanderung zum Lemberg und durch das Zipfelbachtal



Die jüngste Wanderung des Kreisverbandes führte die 20 Teilnehmenden durch Ludwigsburger Terrain. Angeführt von Stadträtin Roswitha Matschiner startete man am Neckar in Hoheneck.

Günter Schlecht, bei der Stadt für Grünflächen und ökologische Projekte zuständig, wies gleich zu Beginn auf die Planungen im Rahmen von IKONE (Integriertes Konzept Neckar-einzugsgebiet) hin.

Das Projekt des Landes hat das Ziel, den Neckar – einst ein „wilder Gesell“, heute durch zahlreiche Staustufen mehr eine Senkette als ein Fluss – mit zahlreichen Einzelmaßnahmen für Fische wieder durchgängig und für die Menschen den Fluss wieder erlebbar zu machen. Drei dieser Projekte sind auf Ludwigsburger Markung geplant.

Durch den Streuobstlehrpfad Neckarweihingen

In Neckarweihingen wurde die Gruppe von Herbert Stuber, dem Vorsitzenden des hiesigen Obst- und Gartenbauvereins begrüßt. Er führte durch den Streuobstlehrpfad im Gewann Beuzlen hoch über dem Neckar. Darüber hinaus erfuhr die Wandergruppe auf dem Weg über Poppenweiler zum Lemberg, dass die Vielfalt von Flora und Fauna ohne die auf-

wändigen Maßnahmen zum Erhalt der Kulturlandschaft verloren ginge. Kurz vor der Mittagspause berichtete Roswitha Matschiner vom aktuellen Stand der Rekultivierungsmaßnahme auf der ehemaligen Deponie.

Renaturierung Zipfelbach

Nach einer erholsamen Rast in „Sieben Eichen“ mit herrlichem Ausblick ging es durch das schöne Zipfelbachtal zurück zum Neckar. Da der Bach nicht in seinem ursprünglichen Bett verläuft, kommt es dort nach Überschwemmungen zu Belastungen der tiefer liegenden landwirtschaftlichen Flächen. Pläne der Stadt zur Renaturierung des Bachlaufes liegen auf dem Tisch. Matschiner: „Für die Umsetzung fehlt bisher leider die dafür nötige politische Unterstützung.“ Dagegen wurde der Bach in seinem letzten Abschnitt bis zur Mündung in den Neckar bereits vor 10 Jahren renaturiert. Mit der Erweiterung der Kläranlage konnte das Projekt damals als Ausgleichsmaßnahme finanziert werden. Inzwischen habe sich dort sogar wieder der Eisvogel niedergelassen, berichtete Günter Schlecht den Grünen Wanderern. Weiter nach Poppenweiler ging es durch das Wiesental und dann mit dem Bus wieder zurück zum Ausgangspunkt. (reda)

An der Marbacher Straße wird wieder eine Chance vertan

Das Ludwigsburger Radwegenetz liegt seit Jahren in den Schubladen

VON ROSWITHA MATSCHINER

Die Forderung ist nicht neu: seit Jahren drängen die Grünen im Gemeinderat auf den Ausbau des Radwegenetzes in Ludwigsburg, das seit 10 Jahren in der Schublade liegt. Mit dem Luftreinhalteplan gegen die Feinstaubbelastung stieg der politische Druck, mehr für den umweltfreundlichen Verkehr zu tun. Mit diesem Rückenwind konnten wir im letzten Jahr endlich einen Maßnahmenkatalog im Gemeinderat durchsetzen. Doch Papier ist geduldig. Während die großen Fraktionen für den Ausbau der Strombergstraße den Schulterschluss üben, bedauern wir, dass der Ausbau des Radwegenetzes nicht in die Gänge kommt.

Mit den Baumaßnahmen auf der Marbacher Straße hat man wieder eine Chance vertan. Wir hatten bereits vor sechs Jahren im Rahmen des Bebauungsplans Hungerberg den Antrag ge-

stellt, dass im Zuge des damaligen Straßenumbaus in der Marbacher Straße der Radweg stadteinwärts so umgebaut werden muss, dass er der Straßenverkehrsordnung entspricht. Stadtauswärts sollte ein Angebotsstreifen für Radfahrer angelegt werden. Wir hatten im Ausschuss nachgefragt, warum dieser Radweg bei den aktuellen Baumaßnahmen wieder nicht realisiert wird. Baubürgermeister Schmidt fiel dazu nur ein, dass die Planung noch nicht soweit sei und ein Radweg erst noch geprüft werden müsse.

Jedes Jahr haben wir in Anträgen auf die Zustände in der Marbacher Straße hingewiesen. Wenn jetzt die Pläne dazu immer noch nicht vorliegen, ist das eine Schande und ein Armutszeugnis für die Stadt. Während unsere Bemühungen um bessere Radwegeverbindungen von anderen im Gemeinderat inzwischen als „unser Hobby“ betrachtet werden, ist für uns diese, die Rad-

fahrer ignorierende, Verkehrspolitik schon lange nicht mehr tragbar. Die Forderung aus dem Stadtentwicklungskonzept nach attraktiven Radwegeverbindungen aus allen Stadtteilen in die Innenstadt wird nicht mit dem dafür nötigen politischen Willen verfolgt.

Neue Radwege haben in Ludwigsburg leider nur eine Chance wenn sie die Stadt nichts kosten, wie bei der Mörikestraße, oder wenn zufällig der Platz dafür da ist, wie in der einst überdimensionierten Schlieffenstraße. Dort hatten die Gewerbebetriebe gefordert, die 4-Spurigkeit zugunsten von mehr Parkplätzen aufzugeben. Die Stadt ist nach dem Luftreinhalteplan aber in der Pflicht, wirksame Maßnahmen gegen die heutige Verkehrsbelastung zu ergreifen.

Ein Maßnahmenkatalog auf dem Papier hilft nicht weiter wenn die Umsetzung der Maßnahmen verschlafen wird.

Grünspiegel intern

Nach knapp drei Jahren zusammen mit Christian ist dies der letzte Grünspiegel, für den ich redaktionell und gestalterisch verantwortlich bin. Mitte Oktober fange ich in Hohenheim ein Aufbaustudium Journalistik an. Vor mir liegen dann zwei sehr zeitintensive Jahre mit Lernen, Lebens-

unterhalt verdienen und – hoffentlich – vielen Möglichkeiten zur freien Mitarbeit bei Print und Radio.

Zeitintensiv war oft auch die vergangene Zeit, wenn erst kurz vor Drucktermin des Grünspiegels noch Texte kamen oder Fotos fehlten. Doch auch wenn ich oft fluchend vor dem PC

saß, wenn mal wieder ein Text einfach nicht kürzer werden wollte – Spaß hat es immer gemacht. Und daher möchte ich mich an dieser Stelle auch bei allen bedanken, die zum Gelingen des Grünspiegels beigetragen haben, allen voran bei Christian. Viele Grüße, Julia

Liebe Grüne! Ich möchte den Grünspiegel für die Zeit meiner Abwesenheit nutzen, Euch aus den USA zu berichten. Zu erst einmal ein lieber Gruß aus Wisconsin, meiner neuen Heimat für's nächste Jahr. Auch hier lässt mein Interesse für Politik nicht nach. Mit Spannung betrachte ich den Vorwahlkampf. Auf dem Markt wird man öfters angesprochen und bekommt Infomaterial über Barack Obama und John Edwards. Von Hillary Clinton habe ich noch nichts gesehen – trotzdem ist sie in meinen Augen die aussichtsreichste Kandidatin. Und die Republikaner trauen sich wohl erst gar nicht ins liberale Wisconsin.

Das Umweltbewusstsein der Amerikaner ist eine andere Sache.... viele fahren überall mit dem Auto hin. Ich und meine roommates nicht – wir fahren Fahrrad. Und die meisten meiner Mitstudenten benutzen den Bus. Auf dem Weg nach Chicago sind mir aber schon einige CO2-Schleudern aufge-

fallen. Wie ihr seht, gibt es solche und solche Amerikaner. Unter den Studenten habe ich aber bisher nur sehr positive Eindrücke gewonnen – alle sind sehr aufgeschlossen gegenüber Ausländern. In meinem Semester sind die Amerikaner aber in der Minderheit und stellen nur ca. 40% der Studenten.

Was den Grünspiegel anbetrifft, möchte ich die Gelegenheit nutzen und Julia für unsere langjährige fruchtbare Zusammenarbeit zu danken und ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute wünschen. Ich werde von hier aus weiterhin für den Grünspiegel arbeiten – ich hoffe, ich bekomme Unterstützung vom einen oder anderen von euch. Was ich sonst so aus Deutschland von den Grünen (Sonder-BDK) mitbekomme finde ich überhaupt nicht gut – wie kann die Basis ein derart negatives Signal in die Öffentlichkeit senden? Noch dazu bei einem Thema, das die Menschen

gerade nicht besonders bewegt? Das wäre meiner Ansicht absolut nicht nötig gewesen und kostet bestimmt jede Menge Wählerstimmen!

Das war's für heute, ich möchte mich bei euch mit einem Foto verabschieden – ich habe die typischen amerikanischen Sitten angenommen – zumindest bei diesem Sportereignis! Mit grünen Grüßen aus den USA Christian Gärtner



Kochkurse auch am Gymnasium?

TEXT UND FOTO: KARL BURGMAIER

Kochen im Fach Hauswirtschaft steht nur bei Haupt-, Real- und Sonderschulen auf dem Lehrplan, in Grundschule und Gymnasium ist dieses Fach nicht vorgesehen. Immer öfter wird über den Verfall der Koch- und Esskultur geschrieben und geredet. In den Lebensmitteleinkaufszentren steigt die Ladenfläche für vorgefertigte Produkte ständig. Dabei geht es längst nicht mehr nur um Tiefkühlpizza. Fast food-Restaurants sind auf dem Vormarsch, slow food hat es schwer. McDonald's und Co. haben es zwar noch nicht bis Remseck geschafft, aber unser Nachbarort Mühlhausen scheint sich zum Fast Food-Paradies entwickeln zu wollen. In vielen Familien lernen die Kinder zu Hause kochen. Die BILD würde jedoch wohl kaum eine Kampagne machen, wenn viele junge Erwachsene heute nicht mehr kochen könnten. Offenbar ist das ein gesellschaftliches Problem. Und ob das, wie so oft in letzter Zeit gefordert, wieder mal die Schule lösen soll oder kann, das ist wiederum eine andere Frage. Schule und Lehrer sind nicht für alle Defizite unserer Kinder verantwortlich und können sie auch nicht beheben. Trotzdem haben wir über die Gründe spekuliert, warum Kochen am Gymnasium im Gegensatz zu den anderen allgemein bildenden Schulen für die

Schüler kein Lehrfach ist. Hat das möglicherweise damit zu tun, dass noch vor wenigen Jahrzehnten fast nur Jungen das Gymnasium besucht haben und damals entsprechend der traditionellen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau Kochen für männliche Gymnasiasten in der Lebensplanung nicht vorgesehen war? Heute besuchen genauso viele Mädchen wie Jungen das Gymnasium. Im Schuljahr 2006/2007 besuchten 372 Mädchen und 371 Jungen das Lise-Meitner-Gymnasium.

Wenn neben den Jungen jetzt auch noch viele Mädchen weder in der Schule noch zu Hause kochen lernen: Sollen dann Kochkurse am Gymnasium angeboten werden? Die schulpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Renate Rastätter, fordert Lehrkochen für Grundschulen und Gymnasien. Für sie gehören theoretisches Wissen über Ernährungszusammenhänge und praktisches Kochen zusammen. Renate Rastätter setzt sich außerdem für eine hohe Qualität des Schulessens ein: Vorgekochte und gekühlte Speisen, die quer durch die Republik gekarrt würden, seien mit einer ernährungsbewussten Ernährung nicht vereinbar.

Eine gute und gesunde Esskultur lässt sich erreichen, wenn die Menschen wissen, wie gekocht und vor allem, wie gut gekocht wird. Vielleicht muss man bei Kindern sogar noch früher als



SO SIEHT DAS DIE BILD. WIE SIEHT'S DENN MIT VATI AUS?

beim Kochen anfangen und zwar bei der Nahrungsmittelproduktion. Die meisten Kinder haben heute keine praktische Erfahrung mehr, wie Nahrungsmittel erzeugt werden. Eine Zusammenarbeit von Schulen und geeigneten Bauernhöfen könnte da hilfreich sein und wird teilweise auch schon praktiziert. Vorbildlich auch das Elternengagement am Lise-Meitner-Gymnasium: Dort wird jeden Tag von Eltern das Essen frisch zubereitet. Beim Einkauf wird Wert auf lokale und regionale Produkte gelegt.

Kohlekraftwerk Walheim: 1,1 Mio t CO2/Jahr

Walheim. Die beiden 643 MW Kraftwerksleistung umfassenden und über 40 Jahre alten Blöcke des Kohlekraftwerks Walheim pusteten im vergangenen Jahr rund 1,1 Mio. t CO₂ in die Atmosphäre. Dies geht aus der Stellungnahme des Umweltministeriums auf eine parlamentarische Initiative des Bietigheimer Landtagsabgeordneten der Grünen Franz Untersteller hervor. Mit 4,31 Mio. t CO₂/a liegen die CO₂-Emissionen der drei Heilbronner Kohlekraftwerksblöcke noch um ein mehrfaches höher, wobei es aber zu berücksichtigen gilt, dass deren Feuerleistung mit 2450 MW fast vierfach so hoch ist, wie bei den zwei Walheimer Anlagen. Der mit Abstand größte Einzelelement klimaschädlicher Kohlendioxidemissionen in Baden-Württemberg ist das Großkraftwerk Mannheim. Mit rund 7,55 Mio. t/a entfallen mehr als 10% aller in Baden-Württemberg emittierten CO₂-Emissionen (2004 lt. Statist. Landesamt 74,9 Mio. t CO₂/a) auf die fünf Kohleblöcke des Mannheimer Großkraftwerks die eine Gesamtleistung von rund 3977 MW aufweisen.

Auf alle 10 im Land bestehenden Kohlekraftwerkstandorte zusammen entfallen laut der vom Umweltministerium erstellten Aufstellung 20,94 Mio. t CO₂/a, was einen Anteil von rund 28% an den Gesamt-Kohlendioxidemissionen Baden-Württembergs entspricht.

Angaben zur Frage, wie hoch die CO₂-Emissionen pro erzeugter Kilowattstunde für die einzelnen Anlagen sind, hat das Umweltministerium nicht gemacht. Dies sei abhängig von der Beschaffenheit der verwandten Kohle. Je nach Abbaugbiet bewegen sich die Emissionsfaktoren der eingesetzten Kohle zwischen 0,4 und 1,9 kg CO₂/kWh. Welche Kohle seitens der Betreiber Verwendung finde sei für die Landesregierung nicht ersichtlich. Acht der vom Umweltministerium in einer Übersicht aufgeführten Kraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von knapp 2000 MW stammen aus den frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Hierzu zählen auch die Blöcke 1 und 2 am Standort Walheim (Inbetriebnahme 1964 bzw. 1967) sowie die beiden Blöcke 5 und 6 am Standort Heilbronn die in ebenfalls

1964 bzw. 1965 ihren Betrieb aufgenommen haben. Ohne Wärmeauskopplung, so der energiepolitische Sprecher der Grünen Landtagsfraktion Franz Untersteller, kommen Altanlagen aus dieser Ära in der Regel auf einen Wirkungsgrad, der kaum höher als 35% liegt. Der Rest der erzeugten Energie wird ungenutzt an die Umwelt abgegeben.

Beim Ersatz dieser Blöcke, der altersbedingt Zug um Zug wohl in den kommenden Jahren anstehen wird, geht das Umweltministerium in seiner Stellungnahme von einer 40-jährigen Regellaufzeit aus.

Es gilt nach Auffassung von Franz Untersteller Lösungen zu finden, mittels derer eine drastische Reduzierung klimaschädlicher CO₂-Emissionen gewährleistet ist. Neben dem Einsatz regenerativer Energieträger sollten die Betreiber – allen voran die EnBW – deshalb nach Auffassung des grünen Energieexperten stärker als in der Vergangenheit auf den Einsatz von Gas in modernen GuD-Kraftwerken setzen, das als Brennstoff einen nur halb so hohen CO₂-Gehalt aufweist wie Steinkohle. (reda)

Neue Mitte Remseck: Wer meint es ernst damit?

VON KARL BURGMAIER

Remseck. Im Flächennutzungsplan 2015 wird als Ziel der städtebaulichen Entwicklung eine Neue Mitte für die Stadt formuliert. Sie soll um die Endhaltestelle der U14, wo die Ortsteile Aldingen, Neckargröningen und Neckarrems aufeinandertreffen, entstehen. Laut Flächennutzungsplan soll dort ein „attraktives Zentrum für Wohnen, Handel und Dienstleistungen“ entstehen. Voraussetzung sei, die „Barrierewirkung der heutigen L 1140 aufzuheben“. Folgerichtig sieht der Plan eine neue Neckarbrücke westlich der jetzigen Brücke vor, damit östlich davon die Neue Mitte entstehen kann. Das Erlebarmachen unserer Flüsse Neckar und Rems für die Menschen wird ebenfalls als Ziel für die Neue Mitte formuliert.

Wir stehen zum Ziel der Neuen Mitte. Die Diskussion zum Flächennutzungsplan im Gemeinderat hatte gezeigt, dass da jedoch noch nicht alle Gemeinderäte Feuer und Flamme sind. Die Diskussion zeigte damals auch, dass sich mancher Gemeinderat für den Nord-Ost-Ring leider mehr begeistern kann als für die Neue Mitte. Der Flächennutzungsplan wurde vor knapp 2 Jahren im Gemeinderat beschlossen, seither hat sich in Richtung Planung Neuer Mitte wenig getan. Planungsamtleiter Blumhagen hat uns bereits vor 2 Jahren gute Entwürfe, die auch die Flüsse einbeziehen, vorgestellt. Leider wurden diese Pläne bisher nicht weiterverfolgt und konkretisiert. Dabei sind konkrete Planungsüberlegungen zur Neuen Mitte dringender und notwendiger denn je, wollen wir Agierende und Gestaltende und nicht Reagierende und Getriebene sein, so wie zuletzt bei der Suche nach dem Standort für das Haus der Bürger.

Neue Neckarbrücke

Voraussetzung einer attraktiven Neuen Mitte ist die Verlagerung des Verkehrs von der bestehenden Neckarbrücke auf eine neue Neckarbrücke westlich davon. Für uns ist das die sog. Billinger-Brücke, die den Neckar im Bereich Einmündung Neckarstraße in die L 1100 kreuzt. Im nördlichen Bereich (nach der Meslay-du-Maine-

Straße) verlief der Verkehr dann am besten im Tunnel, so dass die darüberliegenden Freiflächen der städtebaulichen Entwicklung zur Verfügung stehen. Unserer Meinung nach sollte sich alsbald ein Städteplaner mit der konkreten Realisierung der Neuen Mitte beschäftigen und dieses wichtige Stadtentwicklungsprojekt vorantreiben.

Das Land will in Remseck unbedingt eine Neckarbrücke bauen. Mit der ursprünglich vorgesehenen Andriof-Brücke hat das Regierungspräsidium eine Bauchlandung hingelegt und versucht sich gerade wieder zu berapeln. Jetzt soll es ein neues Planfeststellungsverfahren mit neuer Anhörung geben, womöglich erst, wenn Regierungspräsident Andriof schon in Pension gegangen ist. Die Karten werden also im Moment neu gemischt.

Wir sollten die Gunst der Stunde nutzen und uns vom Land eine neue Neckarbrücke ähnlich der Billinger-Brücke finanzieren lassen, so dass wir uns als bald danach an die Entwicklung unserer Neuen Mitte machen können. Wenn danach dann immer noch eine weitere Neckarbrücke gebaut werden sollte, kann man darüber auch reden. Aber eben erst danach, wenn Remseck die für die städtebauliche Entwicklung notwendige Brücke bereits hat und nicht umgekehrt! Wenn Remseck jetzt einer neuen Neckarbrücke beim Hornbach zustimmt, dürfte der Zug für eine neue Brücke für die Entwicklung der Neuen Mitte abgefahren sein, ein dicker Trumpf in der Hand von Remseck wäre verschenkt worden! Diesen politischen Fehler sollten wir nicht machen! Glaubt wirklich ernsthaft jemand, das Land werde zwei Neckarbrücken in Remseck finanzieren?

Also, wer es ernst meint mit der Neuen Mitte, sollte seine Kräfte und Anstrengungen jetzt auf den Bau einer Neckarbrücke für die Entwicklung der Neuen Mitte konzentrieren. Das neue Anhörungsverfahren bietet dafür neue Chancen. Es ist eine große Chance zum Umdenken! Wir sehen die Chance, dass auf der Basis der Billinger-Variante ein Konsens mit den Nachbarstädten erreicht werden kann und endlich ein Durchbruch nach vorne erreicht wird.

Gelbe Karten für junge Politik

TEXT UND FOTO: JULIA SCHWEIZER

Remseck. Generation Praktikum, dreigliedriges Schulsystem und Studiengebühren – zu diesen Themen hatten politikinteressierte Schüler des Lise-Meitner-Gymnasiums Vertreter der Jugendparteien und zwei Fachschaftsvertreter der Uni Stuttgart zur Podiumsdiskussion geladen. Und obwohl für die Zuhörer, Schüler der 11. - 13. Klassen, Anwesenheitspflicht bestand, zeigten sie sehr viel Interesse an der Veranstaltung und bewerteten die Jungpolitiker abschließend per „Applausometer“ und äußerten ihren Unmut über deren Redebeiträge mit gelben Karten.

Besonders hart traf es dabei den JU-Vertreter Steffen Kirsch, was vor allem an der Unterstützung seiner Partei zu den Studiengebühren lag („wir halten es für anständig, wenn man für seine Ausbildung zahlt“) sowie seiner Behauptung, es sei für Bildung eben nicht mehr Geld im Haushalt da. Das brachte ihm lauten Protest von Seiten der JuSos, JuLis, Jung-Grünen und vor allem der beiden Studenten („wir haben halt keine so starke Lobby wie andere Interessensgruppen“) ein.



TROTZ ERNSTER THEMEN UND WORTGEFECHTEN: DIE VERTRETER DER JUNGPARTEIEN (V.L.N.R.: STEFFEN KIRSCH (JU), PHILIP GLOCK (JU), THOMAS MALBERG (JU), DENNIS NEUENDORF (GJ) UND DIE BEIDEN STUDENTEN FRANZ UND MATTHIAS) HATTEN SPAß AN DER PODIUMSDISKUSSION IM LMG

Mit offenen Augen Lösungen finden

Alex Bonde, MdB, informiert Kreis-Grüne über Afghanistan

VON JULIA SCHWEIZER

„Warum mischen wir uns ein?“ Diese Frage haben sich gerade in letzter Zeit nicht nur viele Mitglieder von Bündnis90/Die Grünen gestellt, sondern auch der Grüne Bundestagsabgeordnete Alexander Bonde. In seiner Funktion als Mitglied im Verteidigungsausschuss und u.a. zuständiger Berichterstatter für die Region Asien war er auf Einladung der Grünen im Kreis Ludwigsburg zu Gast bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung. Hauptthema des Abends war die Beteiligung der Bundeswehr an verschiedenen internationalen Missionen in Afghanistan, die anstehende Abstimmung im Bundestag über deren Verlängerung sowie der Sonderparteitag der Grünen am 15. September in Göttingen.

Doch warum mischen wir uns nun ein, in einem Land, das so weit weg ist? Es sei nicht nur eine moralische Verantwortung, gab Alex Bonde eine Begründung ab, sondern man verfolge damit auch eigene Sicherheitsinteressen. Und dazu hatte er anschauliches, aber gleichzeitig auch erschreckendes Material zur Einführung mitgebracht: Sie zeigten die Ungleichgewichte, die in vielerlei Hinsicht auf der Welt herrschen oder Konfliktherde und deren Zunahme. Aber er konnte, gerade mit Blick auf Afghanistan, auch Positives vermelden. So sei das Land heute nicht mehr international isoliert, der Zugang zum Gesundheitswesen hätte

sich von 9% der Bevölkerung im Jahr 2001 auf 77% im vergangenen Jahr vervielfacht, knapp 5 Millionen Flüchtlinge hätten in ihre Heimat zurückkehren können, Frauen seien heute stärker im Parlament und an Universitäten vertreten, als noch vor wenigen Jahren. Doch noch immer sei das Land von Problemen geplagt, als Beispiele nannte er die Frustration, wirtschaftliche Entwicklung, Clanstrukturen, Korruption oder die nach wie vor ungesicherte Grenze zu Pakistan. Genau hier setze wiederum der Bundeswehreininsatz an, denn ohne militärische Unterstützung sei ein ziviler Aufbau oft nicht möglich.

Nötiger Strategiewechsel

Doch es sei – im Rahmen der ISAF-Mission – auch ein Strategiewechsel im Süden des Landes nötig, darüber sei sich die Partei einig. Der zivile Wiederaufbau müsse gestärkt, der Drogenanbau müsse stärker bekämpft und Alternativen geboten werden. Zudem sei die internationale Gemeinschaft mit einem Mandat der gewählten afghanischen Regierung ausgestattet. Uneinigkeit herrsche sowohl bei den Grünen Abgeordneten als auch den Mitgliedern nur bei der Frage, ob Tornos dazu eingesetzt werden sollten. Die Abgeordneten, die damals für einen Einsatz gestimmt hatten, hatten dies damit begründet, dass nur so eine starke ISAF-Mission gewährleistet sei und man sich betei-

gen müsse, wolle man Veränderungen erreichen. Die Einsatz-Gegner hingegen wollen die verwendeten finanziellen Mittel lieber anderen Projekten geben, zudem stören sie sich an der militärischen Führung, die in der Bevölkerung nicht zur Wahrnehmung eines „Hilfseinsatzes“ beitragen würde. Bonde bewertete die ISAF-Mission, die mittlerweile auf das ganze Land ausgedehnt worden ist, als einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung Afghanistans, aber gegenwärtig regiere der Frust in der Bevölkerung. Die zivile Offensive müsse daher aufgewertet werden.

Einigkeit gab es über die Operation Enduring Freedom. Auch die Ludwigsburger Mitglieder lehnen den Einsatz, wie in der anschließenden Diskussion deutlich wurde, ab. Das sei ein reines Kampfmandat, und vor allem im Süden nicht abgestimmt und unter „zweifelhafter Führung“, wie Bonde es nannte. Die Grünen forderten hier eine Beendigung des ganzen Einsatzes.

Kritik gab es daher an dem Vorgehen der Regierung, die über den deutschen ISAF- und den Tornado-Einsatz im Paket abstimmen lassen will. „Die Regierung verfährt nach dem Motto: Augen zu und durch wie bisher“, kritisierte Bonde. Die Grünen hingegen wollten mit offenen Augen eine Lösung für das Land finden. Er sei daher auch sehr froh, dass dieses Thema auf einem eigenen Parteitag diskutiert werde, sagte er abschließend.

Die Global Marshall-Plan-Initiative – ein Hoffnungsträger für das 21. Jahrhundert?

VON ILSE MAJER-WEHLING

Die Grünen im Landtag haben im April – gemeinsam mit der SPD – den Landtag aufgefordert, „die Landesregierung zu ersuchen,

1. sich zur Idee und zu den Zielen der Initiative „Global Marshall Plan“ zu bekennen und diese aktiv zu unterstützen,
 2. sich länderübergreifend und auf der Ebene der europäischen Regionen für eine breite Unterstützung der „Global Marshall Plan“ Initiative einzusetzen,
 3. die Idee und die Ziele des „Global Marshall Plans“ mit Beispielprojekten und Informationsveranstaltungen in Baden-Württemberg stärker bekannt zu machen und bei den Bürgern für eine aktive Unterstützung der UN-Millenniumsziele zu werben,
 4. ein konkretes Maßnahmenbündel zur Umsetzung des „Global Marshall Plans“ in Baden-Württemberg zu erarbeiten und dem Landtag spätestens Ende 2009 erstmalig über den Stand und die Umsetzung zu berichten.“
- Das Wirtschaftsministerium hat zwischenzeitlich negativ reagiert. Aber – wie zu erfahren war – ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen.

Die sieben Todsünden der Menschheit

1. Reichtum ohne Arbeit
2. Genuss ohne Gewissen
3. Wissen ohne Charakter
4. Geschäft ohne Moral
5. Wissenschaft ohne Menschlichkeit
6. Religion ohne Opfer
7. Politik ohne Prinzipien (Mahatma Gandhi)

Mahatma Gandhis Warnung vor den sieben Todsünden der Menschheit könnte einen Weg zur Minimierung

der Gefahren und Nachteile einer Globalisierung weisen, die die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher macht. Gandhi wird dafür gerühmt, dass er dem Prinzip „Nicht-Gewalt“ zur politischen Macht verholfen hat. Die wissenschaftlich-technische Beherrschung der Natur, die zu wenig Rücksicht auf die Interessen der Lebensvielfalt nimmt, lässt vergessen, dass die Welt der großen Natur ohne uns denkbar ist, aber nicht die Welt des Menschen ohne die der Natur. Die Auswirkungen unserer Rücksichtslosigkeit schlagen in Form einer Gefährdung des Weltklimas, im Verlust der Artenvielfalt und anderer Bedrohungen des komplexen ökologischen Gleichgewichts auf uns zurück. Deshalb muss man – trotz großen Respekts für die Erfolge der Naturwissenschaften und der Technik – eine Naturbeherrschung in Form von Ausbeutung und Plünderung zu Lasten zukünftiger Menschheitsgenerationen, aber auch zu Lasten der nichtmenschlichen Mitwelt vehement ablehnen.

Wie kann Abhilfe geschaffen werden?

Leben und Sterben im 21. Jahrhundert wird ganz entscheidend davon abhängen, ob es der Weltgemeinschaft gelingen wird, die zwangsläufig sich ergebenden Konflikte bei der Verteilung der globalen Güter mit den Methoden der „Nicht-Gewalt“ zu lösen. Viele Probleme können nur noch auf internationaler und interkultureller Ebene gelöst werden mit Hilfe eines „Global Governance Systems“ unter der Leitung der UNO, das die Macht hat, die Lösung der anstehenden Weltprobleme durch Entscheidungen anzugehen, deren Durchführung von allen garantiert wird.

In Europa entwickelte sich während des Kalten Krieges inmitten eines weltweiten Meeres von Gewalt, Hass, Krieg, Armut und Elend eine der wenigen Inseln des Friedens und Wohlstands. Europa ist auf dem Wege, die von schon von dem großen deutschen Philosophen Immanuel Kant theoretisch geforderte Verschränkung zwischen gelungenen zwischenstaatlichen Beziehungen und innerstaatlichen Verbesserungen zum Wohl der in den Staaten lebenden Menschen in die Praxis umzusetzen. Zu hoffen ist, dass Europa auf diesem Wege bleibt und keine Rückfälle in gewaltbeherrschte Zeiten erleidet und dass das mit Erfolg praktizierte Prinzip des Ausgleichs in der EU, das auch in unserem Grundgesetz verankert ist, nicht ausgehöhlt wird.

In seinem Buch „Wege zum Gleichgewicht – Ein Marshallplan für die Erde“ hat der ehemalige Vizepräsident der USA, Al Gore, als Ausweg aus der planetarischen Bedrohung gefordert, dass nach dem Kalten Krieg alle Anstrengungen der Herstellung des globalen Gleichgewichts gelten sollen. Wie der Marshallplan der USA von 1947/48 den Wiederaufbau Europas stärkte, so soll ein „Marshallplan für die Erde“ gegen die ökologischen Bedrohungen erfolgreich sein. Der ehemalige Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, hat zum 60. Jubiläum der Vereinten Nationen an die UN-Generalversammlung in einem dramatischen Appell dringend notwendige Reformen angemahnt. Allerdings erzielte der Jubiläumsgipfel im September 2005 nur einen Minimalkonsens und blieb weit hinter den Annans Forderungen zurück. Die entscheidende Frage bleibt also offen, ob es den Staaten in Zukunft gelingen wird, die noch schwach gehaltenen

und unzureichend ausgestatteten Vereinten Nationen zu einem „effektiven Instrument zur Verhinderung von Konflikten“ zu reformieren und auf einen Interessensausgleich durch einen „wirklichen Frieden“ hinzuwirken, zu dem auch wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Schutz der globalen Umwelt, Eindämmung des weltweiten Waffenhandels, Demokratie, Vielfalt und Würde, Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und vieles mehr gehören. Zur Realisierung solch eines „wirklichen Friedens“ forderte Kofi Annan auch die Einbeziehung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Kräfte ein, die den dringend erforderlichen Handlungsumschwung durch Bewusstseinsklärung und öffentlichen Druck fördern könnten.

Zu diesen zivilgesellschaftlichen Kräften gehört die Global Marshall Plan Initiative. Sie zielt auf eine „Welt in Balance“ ab und sieht im Nachkriegs-Europa ein Erfolgsmodell für eine weltweite „Ökologische Marktwirtschaft“. Franz Josef Radermacher, einer der Vordenker der Global Marshall Plan Initiative, weist in seinem Buch „Balance oder Zerstörung“ auf die Notwendigkeit einer „Weltinnenpolitik“ hin, die in Zeiten der Globalisierung die Regelwerke der Weltökonomie kontrollieren müsse. Der von Carl Friedrich von Weizsäcker geprägte Begriff „Weltinnenpolitik“ überwindet die klassische Trennung von Außen- und Innenpolitik souveräner Staaten und verdichtet deren Beziehungen auf einer neuen integralen Ebene zu einer unauflösbaren Verflechtung, die das politische Geschehen auf dem Planeten Erde als Ganzes in den Blick nimmt.

Wenn der Wandel auch nicht wahrscheinlich ist, möglich wäre er.

Neues aus dem Netz

Liebe Leserin, lieber Leser, Ich hoffe, dass alle eine schöne und entspannte Sommerpause gehabt haben und es mit neuer Energie wieder losgehen kann.

Auch diesmal möchte ich wieder auf grüne Links im Internet hinweisen. Zum ersten will ich auf die Tatsache verweisen, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht nur in der Umwelt- und Ökologienpolitik führend sind, sondern auch in wirtschaftspolitischen Dingen was zu bieten haben

Was ist Grüne Marktwirtschaft?

Einen Überblick liefert der neue Reader „Grüne Marktwirtschaft“. Kein Kompendium grüner Orthodoxie, vielmehr ein Medium, um die Debatte in der Partei zu befähigen, ist er nach Angaben des Bundesvorsitzenden Reinhard Bütikofer.

Den Reader gibt es unter:

http://www.gruene.de/cms/themen/dok/192/192476_was_ist_gruene_marktwirtschaft.htm

Noch etwas zum Thema Marktwirtschaft, und warum es sich lohnt, nicht alles kritiklos hinzunehmen.

Bahnprivatisierung stoppen

Es ist ein Skandal, dass die große Kolalition drauf und dran ist, die Deutsche Bahn samt Schienennetz teilweise an private Investoren zu verschreiben. Schieneninfrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Unser Antrag. <http://www.gruene-bundestag.de/cms/verkehr/dok/192/192948.htm>

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Problematik von Stuttgart 21 hinweisen, denn diese Baumaßnahme betrifft nicht nur die Stadt Stuttgart, sondern auch die Landkreise drumrum.

Verbraucher Initiative ruft Stromkunden zum Wechsel auf

Die Verbraucher Initiative e.V. (VI) stellt angesichts der aktuellen Abzocke zahlreicher Stromanbieter einen neuen Ratgeber „Strom sparen“ vor. <http://www.gruenes-klima.de/aktion/verbraucher-initiative-ruft-stromkunden-zum-wechsel-auf>

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals auf die Stromwechsel-Kampagne „Aktion Rückenwind“ des Kreisverbands Ludwigsburg von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hinweisen, die nach wie vor erfolgreich läuft. Nähere Informationen unter: <http://oekostrom.gruene-ludwigsburg.de/>

Den CO₂-Ausstoß des eigenen Fahrzeugs online ermitteln

Wie viel CO₂ produziert mein Auto eigentlich, zum Beispiel bei der Fahrt zur Arbeit oder in den Urlaub? Die Antwort gibt es jetzt bei http://www.dekra-online.de/co2/co2_rechner.html

Und zum Schluss noch ein Hinweis, für alle, die sich auch über die tägliche Fülle von Spam-Mails ärgern.

Spam: Aufrüsten gegen Massenmails Spam verursacht jedes Jahr Milliarden-schäden. Alles über aktuelle Gefahren, wie Sie sich gegen die E-Mail-Flut schützen können und wie Experten gegen Netz-Betrüger vorgehen. <http://www.politik-digital.de/econsumer/spam/index.shtml>

So, das war's für dieses Mal. Ich wünsche allen, viel Spaß beim lesen und beim anschließenden surfen.

Grüß,
Max Bleif

S-Bahn-Kurzstreckenticket statt Tarifierhöhung

Die Grünen in der Region fordern Verbesserungen beim Verkehrsverbund Stuttgart

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt die geforderte Erhöhung des VVS-Tarifes um 2,8% ab. „Wir erwarten, dass der VVS die überplanmäßigen Mehreinnahmen der letzten Jahre für Verbesserungen der Tarifstruktur einsetzt. Solange das nicht geschieht, sehen wir keinen Grund für Tarifierhöhungen!“, erklärt Josef Matschiner, Regionalrat aus Ludwigsburg und Mitglied des Verkehrsausschusses. Nach Überzeugung der Grünen Regionalfraktion fordert die hohe Schadstoffbelastung der Siedlungsbereiche in der Region ein unmissverständliches Signal für die S-Bahn. Bessere Angebote zu attraktiven Fahrpreisen seien notwendig! Möglichkeiten, den VVS

attraktiver zu machen, gebe es nach Überzeugung der Grünen Regionalfraktion viele: das Kurzstreckenticket für die S-Bahn „1 Euro für eine Haltestelle“; die Anerkennung der Bahncard 25 und 50 mit entsprechender Ermäßigung beim Kauf von Einzeltickets; die 10er-Karte; verbundübergreifende Tickets nach dem Vorbild der Karlsruher RegioX-Karte; für Jahreskarten-Besitzer das ganze VVS-Netz einschließlich der kostenlosen Mitnahme der minderjährigen Kinder und eines Erwachsenen an Wochenenden und Feiertagen; und besonders wichtig: eine Reduzierung der Tarifzonen. „Wir haben 77 Tarifzonen, das macht das Fahren mit dem VVS unübersichtlich und teuer“,

so Matschiner, „andere Verbände wie zum Beispiel Hannover kommen mit vier aus. So was nenne ich kundenfreundlich, da kann sich der VVS eine Scheibe abschneiden!“ Außerdem erwarten die Grünen von der bereits lange laufenden Kostenuntersuchung bei den regionalen Busverkehren (Verbundstufe II) noch in diesem Jahr erste Ergebnisse. „Die Kosten für die Busverkehre werden voraussichtlich niedriger werden“, ergänzt der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Kleemann, „daraus müssten sich für die Kunden spürbare Einsparungen ergeben. Auch das spricht aus Sicht der Regionalgrünen gegen die geplante Tarifierhöhung.“ (reda)

In Förderunterricht investieren

Die Kürzung der genehmigten Stunden im Ergänzungsbereich von 2800 auf 1600 wöchentlichen Lehrerstunden und gleichzeitige Nicht-Einstellung von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ist für Jürgen Walter ein neuer Beweis für den mangelnden Willen der Landesregierung, Schüler gemäß ihrer Begabung zu fördern und gleiche Chancen für alle zu schaffen. „Gerade an den Grundschulen brauchen wir eine bessere individuelle Förderung für gerechte Bildungschancen von Schülern mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten.“

Unter dieser Situation würden alle leiden, wären doch auch die Arbeitsgemeinschaften betroffen. „Den Protest der Eltern gegen die Kürzungen unterstütze ich nachdrücklich. Die Sparmaßnahmen werden auf dem Rücken

der Kinder ausgetragen und auf dem Rücken der Studierenden, denen man vor einigen Jahren das Lehramtsstudium angeboten hat wie Sauerbier.“

Jetzt stünden diese wegen der Einstellungs politik der Landesregierung auf der Straße und müssten froh sein, wenn ihnen befristete Verträge zur Vertretung angeboten würden. „Die hohe Zahl der arbeitslosen Lehrer im Zusammenhang mit der Notwendigkeit von Krankheitsvertretungsstunden als „Lichtstreich“ zu bezeichnen, ist hanebüchen“, so Walter. Die Nicht-Einstellung von bestens und teuer ausgebildeten Junglehrern sei nicht nur eine Verschwendung von Steuergeldern, sondern bildungspolitisch und beschäftigungspolitisch ein Skandal. Bundesweit würde Baden-Württemberg mit dem Slogan „Kinderland Baden-Württemberg“ werben, nur sei die Realität der Kinder eine ganz andere.

Jürgen Walter: „Das Kultusministerium verwaltet lediglich den Mangel. Das können wir uns nicht leisten. Wir brauchen eine ausreichende Unterrichtsversorgung und nicht weniger, sondern mehr zusätzliche Förderangebote für alle Schülerinnen und Schüler.“ Es müsste jetzt in die Köpfe junger Menschen investiert werden. Nur dann würde es gelingen, den Wirtschaftsstandort zu sichern und allen jungen Menschen eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. „An der Bildung darf nicht gespart werden“, so Jürgen Walter abschließend. (reda)

TERMINE

OV Asperg

Laternenumzug in Asperg mit Stadtkapelle
18. Oktober, 18.30 Uhr
Treffpunkt Bürgergarten.
Ziel Michaelskirche mit anschließender Aufführung.

Termine an gruenspiegel@gmx.de

Theaterakademie

Der kulturpolitische Sprecher der Grünen Jürgen Walter begrüßte die Kooperationsofferte des Rektors der Stuttgarter Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Werner Heinrichs zur Zusammenarbeit mit der in Ludwigsburg geplanten Theaterakademie.

Heinrichs hatte angeboten, dass Studenten der Theaterakademie und der Musikhochschule gegenseitig Seminare besuchen und gemeinsame Projekte entwickeln können. „Schön, dass hier die Vernunft Einzug gehalten hat, ich hoffe, dass damit der unerträgliche Markt der Eitelkeiten endlich ein Ende hat.“ Viel zu lange hätten einige der Beteiligten ihr eigenes Süppchen gekocht, ohne nach Sachlösungen zu suchen.

An der verfahrenen Situation trage aber auch die Landesregierung ein gerüttelt Maß Schuld. Viel zu lange wurde eine Entscheidung über die Konstruktion und die Leitung der Theaterakademie hinausgezögert. Erst dadurch hätte sich die Gelegenheit ergeben, immer neue Forderungen zu stellen.

Walter sprach sich dafür aus, dass es zukünftig keine zwei unabhängige Ausbildungsstätten für Schauspieler in Stuttgart und Ludwigsburg geben soll. „Es wäre unsinnig, sich innerhalb der Region Stuttgart gegenseitig Konkurrenz zu machen. Deshalb ist die angebotene Kooperation der einzige vernünftige Weg“, erklärte Walter. (reda)

Impressum

GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Umland, Umlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination
Christian Gärtner, Julia Schweizer
gruenspiegel@gmx.de

Druck
Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe
Juli/August/September 2007

Auflage
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

✂ Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname: Kreis:
Straße, Nr.: E-Mail:
PLZ, Ort: Beruf:
Tel.: Geburtstag:
Fax: Geschlecht:

Datum, Unterschrift:

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:

Bank: BLZ: Datum, Unterschrift:

Kontonummer: